Sturm, Peter fraktionslos

Ratsmitglieder WfM

Alefelder, Stephan	WfM
Fuchs, Timo	WfM
Liebig, Rolf	WfM
Meier, Hans Lothar	WfM
Schneider, Ulrich	WfM
Schneider, Wilfried	WfM

Schriftführer/in

Nick, Marianne

Es fehlten:

Ratsmitglieder FDP

Schattschneider, Hans-Dieter	FDP	entschuldigt
------------------------------	-----	--------------

von der Verwaltung

Garn, Thomas
Himmeröder, Manfred
Hombitzer, Armin

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

BM Töpfer gratuliert allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag gehabt haben.

RM Alefelder stellt einen Antrag zur Tagesordnung. Er bittet den Rat um Zustimmung, die Tagesordnung um folgenden Punkt zu erweitern:

Auswirkungen der mit der Genehmigung des Haushaltssanierungsplans verbundenen Auflage zu der Entgeltverordnung Hallennutzungsgebühren.

Nach kurzer Erläuterung beschließt der Rat einstimmig die Erweiterung der Tagesordnung.

Neuer Punkt 10 wird der oben genannte; die bisherigen Punkte 10 und 11 werden 11 und 12.

Öffentliche Sitzung:

1	Kenntnisnahme der Jahresabschlüsse und der Lageberichte der Gemeinde Marienheide für die Jahre 2009 und 2010; Entlastung des Bürgermeisters	Drucksache Nr. BV/002/14
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme
Der Rat fasst folgenden Beschluss:	
<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Jahresabschlüsse der Jahre 2009 und 2010 werden zur Kenntnis genommen. 3. Dem Bürgermeister wird Entlastung erteilt. 	

2	Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Gemeinde Marienheide für das Jahr 2011; Entlastung des Bürgermeisters	Drucksache Nr. BV/003/14
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme
<ol style="list-style-type: none"> 1. Jahresabschluss und Lagebericht der Gemeinde Marienheide für das Jahr 2011 werden zum 31.12.2011 mit einer Bilanzsumme von 91.661.955,58 € festgestellt. 2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 540.833,52 € wird aus der Allgemeinen Rücklage gedeckt. 3. Dem Bürgermeister wird Entlastung erteilt. 	

3	Jahresabschluss des Wasserwerkes 2013	Drucksache Nr. BV/021/14
----------	--	------------------------------------

RM Fernholz fragt an, ob der im Beschlussvorschlag unter I.3 aufgeführte Betrag von 4.572,45 € (Vortrag auf neue Rechnung) der Gemeinde zufließen kann. Da diese Frage verwaltungsseitig nicht beantwortet werden kann, wird die Sitzung unterbrochen (von 16:30 – 16:40 Uhr) um die Angelegenheit mit der AggerEnergie zu klären.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Liebig erklärt sich BM Töpfer für befangen und übergibt die Sitzungsleitung an RM Vetter.

RM Wottrich nimmt an der weiteren Diskussion und Abstimmung ebenfalls nicht teil.

Die Verwaltung teilt mit, dass die aufgeworfene Frage nicht abschließend geklärt werden konnte. Dies soll kurzfristig geschehen. Aus Zeitgründen muss aber in dieser Sitzung ein Beschluss gefasst werden.

Es folgt eine längere Diskussion, u. a. auch über die Höhe des Betrages, der der Gemeinde wieder zufließen sollte.

RM Sturm gibt zu Protokoll, dass er die ganze Angelegenheit bedenklich findet, da die Unterlagen nicht fristgemäß zugegangen seien.

Der Rat einigt sich darauf, den bestehenden Beschlussvorschlag zu ergänzen, und zwar unter Punkt I 3. um den Satz: *vorbehaltlich der Regelung zu III* und den Punkt III hinzuzufügen: *Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der auf neue Rechnung vorzutragende Betrag von 4.572,45 € der Gemeinde zufließen kann, wenn sich hieraus keine negativen Auswirkungen auf den Einbringungswert des Wasserwerkes in die AggerEnergie ergeben.*

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen	
A.		
I.		
Der Rat der Gemeinde Marienheide beschließt gemäß § 26 der EigVO vom 16.11.2004 den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2013, der im Ergebnis wie folgt lautet:		
Erträge	1.753.191,88 €	
Aufwendungen	<u>1.653.191,11 €</u>	
Jahresgewinn:	<u>100.000,77 €</u>	
Der Jahresgewinn in Höhe von 100.000,77 €, soll wie folgt verwendet werden:		
1.	Abführung der Eigenkapitalverzinsung in Höhe von an die Gemeinde Marienheide.	95.100,29 €
2.	Zuführung zur Erneuerungsrücklage in Höhe von	328,03 €
3.	Vortrag auf neue Rechnung in Höhe von vorbehaltlich der Regelung zu III	4.572,45 €

II.

Der Rat der Gemeinde Marienheide erteilt dem Betriebsausschuss Entlastung für das Geschäftsjahr 2013 gem. § 4c Eigenbetriebsverordnung NRW vom 16.11.2004.

III.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der auf neue Rechnung vorzutragende Betrag von 4.572,45 € der Gemeinde zufließen kann, wenn sich hieraus keine negativen Auswirkungen auf den Einbringungswert des Wasserwerkes in die AggerEnergie ergeben.

BM Töpfer übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

4	Haushalt 2014 - Ermächtigungsübertragungen	Drucksache Nr. BV/017/14
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat beschließt die Ermächtigungsübertragungen aus Mitteln des Haushaltsjahres 2013 in Höhe von 223.754,36 € für die Ergebnisrechnung und in Höhe von 767.572,69 € für die Finanzrechnung nach 2014.	

Zur Einwohnerfragestunde ist niemand anwesend.

5	Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Benutzung der Gemeindebücherei in der Gemeinde Marienheide (Benutzungs- und Gebührenordnung) vom 30.04.2008	Drucksache Nr. BV/009/14
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Benutzung der Gemeindebücherei in der Gemeinde Marienheide (Benutzungs- und Gebührenordnung) vom 30.04.2008 wird beschlossen.	

6	Situation der Unterbringung der zugewiesenen Asylbewerber in Marienheide; Schaffung von gemeindeeigenen Unterbringungsmöglichkeiten	Drucksache Nr. BV/015/14 /1
----------	--	---

RM Rittel nennt weitere Immobilien, die evtl. als weiterer Standort infrage kommen könnten, und zwar den Leppetaler Hof und Büroräume der ehemaligen Firma Kind in Kotthausen. Er schlägt vor, heute keinen Beschluss zu fassen, damit bis zur nächsten Ratssitzung überprüft werden kann, ob die genannten Objekte eine Alternative zum heutigen Beschlussvorschlag sind.

Diese Meinung wird auch von einigen anderen Ratsmitgliedern geteilt.

BM Töpfer weist auf die Dringlichkeit hin und bittet den Rat zu entscheiden, ob er heute entscheiden will oder ob nach anderen Lösungen gesucht werden soll. Der Rat spricht sich bei 3 Gegenstimmen für einen Beschluss in dieser Sitzung aus.

RM Köster gibt folgendes zu Protokoll: Sie weist auf der Grundlage der überlassenen Unterlagen darauf hin, dass der Umbau des Rathausnebengebäudes nach ihrer Berechnung zu ca. 90.000 € mehr Kosten und zu ca. 100.000 € mehr Eigenkapitalverzehr führt als die Aufstellung von Containern.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
<p>Der Rat beschließt den Umbau des Verwaltungsnebengebäudes (Rathaus-Nebengebäude) in eine Unterkunft zur Unterbringung von Asylbewerbern.</p> <p>Die Deckung der außerplanmäßigen Ausgabe von 152.000 € erfolgt durch Mehreinnahmen aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz in 2014 (für 2012) in Höhe von 90.000 €, durch Reduzierung des für 2014 vorgesehenen Ansatzes für Brandschutzmaßnahmen GGS Müllenbach von 75.000 € auf 40.000 € (Verschiebung nach 2015) in Höhe von 35.000 € sowie Einsparungen bei Zinsaufwendungen in Höhe von 27.000 € (Gesamtsumme 152.000 €).</p>	

7	Bebauungsplan Nr. 53 "Kotthausen - Zum Höltchen", 5. vereinfachte Änderung, a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 u. 3 BauGB b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/112/13
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>a) Über die Stellungnahmen, die während der Beteiligungsverfahren gem. § 13 Abs. 2 u. 3 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beigefügten Auflistung dargelegt, beraten und beschlossen.</p> <p>b) Die 5. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 53 "Kotthausen - Zum Höltchen" wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NW (GV NRW S. 666 / SGV. NRW 2023) in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplanänderung ist eine Begründung beigefügt.</p>	

8	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 69 "Konversion Griemeringhausen, Teil B (Wohnen) im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB, Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/122/13
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen, für einen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 69 "Konversion Griemeringhausen, Teil B (Wohnen)", welcher im beigefügten Übersichtsplan gekennzeichnet ist, ein 1. vereinfachtes Änderungsverfahren gem. § 13 BauGB durchzuführen.</p> <p>Hierbei sollen die Baugrenze verschoben und die Festsetzung über die Höhe der baulichen Anlagen geändert werden. Die Trauf- und Firsthöhe soll, angepasst an die vorhandene Bebauung, in Metern ü.NN. festgesetzt werden.</p>	

9	Bebauungsplan Nr. 65 "Marienheide - Reppinghauser Straße", Antrag auf Fortschreibung der planerischen Inhalte in Form einer 3. Änderung	Drucksache Nr. BV/125/13
----------	--	------------------------------------

Herr Hombitzer erläutert kurz, dass 2 alternative Beschlussvorschläge vorliegen. Der Bau- Planungs- und Umweltausschuss hat sich einstimmig für die Alternative 1 entschieden.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 65 „Marienheide, Reppinghauser Straße“ ein 3. Änderungsverfahren durchzuführen. Hierbei soll im Geltungsbereich der 3. Änderung, welcher aus dem beigefügten Übersichtsplan ersichtlich ist, das Allgemeine Wohngebiet ausgedehnt und die überbaubare Grundstücksfläche vergrößert werden. Einher geht dies mit einer Reduzierung der festgelegten Stellplatzanlage der privaten Grünfläche und des Sicherheitsabstandes zum Wald.</p> <p>In einem solchen Fall ist die Gemeinde von Schäden, die vom Wald ausgehen oder auf ihn einwirken, seitens des Vorhabenträgers und etwaiger Rechtsnachfolger freizustellen.</p>	

10	Auswirkungen der mit der Genehmigung des Haushaltssanierungsplans verbundenen Auflage zu der Entgeltverordnung Hallennutzungsgebühren	Drucksache Nr.
-----------	--	----------------

RM Alefelder trägt seine Bedenken bezüglich der Genehmigungsaufgaben zum Haushaltssanierungsplan vor.

Bezüglich des Punkts „Entgeltverordnung Hallennutzungsgebühren“ befürchtet er, dass die Gemeinde gezwungen werden könnte, die ursprünglich geplanten 60.000 € einzufordern statt der jetzt angegebenen 30.000 €. Er fragt nach, welche Auswirkungen ein Klageverfahren u. a. auf die Auszahlung der Stärkungspaktmittel haben könnte.

BM Töpfer und Herr Himmeröder erläutern die Sachlage. Zum jetzigen Zeitpunkt gehe man davon aus, dass der Kreis den Haushalt 2014 in den nächsten Tagen genehmigen werde. Falls möglicherweise gegen die Verfügung der Bezirksregierung (BR) geklagt werden würde, könne man nicht mehr mit einer Genehmigung des Haushalts rechnen.

Auswirkungen seitens der BR im Fall einer Klage könne man nicht vorhersehen.

Das nächste Berichtsdatum zum Haushaltssanierungsplan an die BR ist der 15.04.2014. Zu diesem Termin soll bezüglich der Entgeltverordnung mitgeteilt werden, dass die ursprünglich angenommenen Zahlen zu optimistisch waren und Einnahmeforderungen in dieser Höhe nicht durchzusetzen sind, dass dem Rat aber gleichwohl bewusst ist, dass der Verlust an anderer Stelle zu kompensieren ist.

Nach Diskussion wird der Antrag zurückgewiesen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen
Die Entgeltordnung Hallennutzungsgebühren soll bis zum 31.12.2014 weiterhin gültig sein. Der neue Gemeinderat wird nach Art. 28 (2) GG in eigener Verantwortung die Hallennutzungsgebühren in vertretbarer und gebotener Höhe festsetzen.	

11	Ausgeführte Ratsbeschlüsse seit der letzten Ratssitzung am 26.11.2013	Drucksache Nr. IV/020/14
-----------	--	------------------------------------

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

12	Mitteilungen und Verschiedenes	Drucksache Nr.
-----------	---------------------------------------	----------------

- Bericht zur aktuellen Haushaltssituation
Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.
- Letzte Ratssitzung am 13.05.2014
BM Töpfer teilt mit, dass im Anschluss an die letzte Sitzung des Rates ein Abschluss im Dorfgemeinschaftshaus Dannenberg stattfinden soll.
- RB 25
RM Wottrich merkt an, dass Klagen aus der Bevölkerung bezüglich der Signalgeräusche der Eisenbahn aufgekommen sind. Herr Hombitzer sagt dazu, dass auch in der Verwaltung schon verschiedene Anfragen diesbezüglich eingegangen sind und dass die Bürger an die DB bzw. an das Eisenbahn Bundesamt weiter verwiesen wurden.
Eine Alternative zu der Lärmbelästigung wäre voraussichtlich nur ein beschränkter Bahnübergang, dessen Kosten sich auf mindestens 300.000 € belaufen würden.
- Bushaltestellen B 256
RM Meckel fragt nach den zerstörten Glasscheiben an den Bushaltestellen in Stülinghausen. Herr Hombitzer teilt mit, dass auch an weiteren Bushaltestellen entlang der B 256 entsprechende Zerstörungen stattgefunden haben. Die Verwaltung habe Anzeige gegen Unbekannt erstattet.
- Ehrenmal Ellberg
RM Wottrich teilt mit, dass das zerstörte Kreuz im Zusammenhang mit den anstehenden Säuberungsmaßnahmen durch die Feuerwehr instand gesetzt wird.
- Bebauungsplanänderung Wüllenberg
Bezüglich der Auswirkungen auf die Reppinghauser Straße bittet RM Vetter um eine Begehung des Bau- Planungs- und Umweltausschusses. Herr Hombitzer sagt dies für die nächste Sitzung am 08.05.2014 zu.
- Fahrplan RB 25
RM Vetter fragt bezüglich des Fahrplans zwischen Marienheide und Meinerzhagen. Der derzeitige ist für Schüler aus Marienheide, die in Meinerzhagen zur Schule gehen, nicht passend. BM Töpfer gibt zur Antwort, dass der Fahrplan bis 15.06.2014 teilprovisorisch ist. Nach jahrelangen Bemühungen ist es der Verwaltung gelungen, eine Fahrplanänderung bezüglich der Schüler zu erwirken, die aus dem Gummersbacher Raum nach Marienheide zur Gesamtschule kommen. Hier wird demnächst ein zusätzlicher Zug zwischen 06:30 und 07:30 Uhr eingesetzt. Weitere Änderungen sind nicht zu erwarten.

- BM Töpfer teilt mit, dass die heutige Ratssitzung die letzte ist, an der Herr Hombitzer teilgenommen hat. Am 13.05. befindet er sich in Urlaub und kurz danach beginnt der aktive Teil der Altersteilzeit. BM Töpfer bedankt sich auch im Namen des Rates bei Herrn Hombitzer für seinen jahrzehntelangen, unermüdlichen Einsatz für die Belange der Gemeinde Marienheide.

Vorsitzender:

Schriftführerin:

gez.
Uwe Töpfer
Bürgermeister

gez.
Anke Vetter
stellv. Bürgermeisterin

gez.
Marianne Nick